

News Archiv June 2020

2020-06-30 08:30

[FSG-Wimmer ad WKÖ und IV: Sture Blockadehaltung hat Österreich noch nie vorangebracht](#)

Kürzere Arbeitszeiten werden sich durchsetzen - egal ob Knill und Mahrer das wollen oder nicht

„Es ist bezeichnend, dass von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung ein reflexartiges Nein zur Debatte um neue Arbeitszeitmodelle wie der 4-Tage-Woche kommt. Anstatt in einen Dialog zu treten und die Vorteile für ArbeitnehmerInnen, Wirtschaft und Gesellschaft ernsthaft zu prüfen, wird sofort abgeblockt“, betont der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB, Rainer Wimmer.

„Es ist immer das gleiche, seit mehr als 100 Jahren. Bei jedem Vorschlag zugunsten der ArbeitnehmerInnen, gleichgültig ob umfassend oder ein Detail betreffend, wird von Wirtschaftsseite der Katastrophenzustand ausgerufen. Hätte man das ernst genommen, hätten wir heute keine Arbeitszeitregeln, keine Sozialversicherung und keine Mitbestimmungsrechte in den Betrieben. Dabei gehört Österreich nicht trotz, sondern wegen der gut ausgebauten ArbeitnehmerInnenrechte und der guten sozialen Absicherung zu den wohlhabendsten Ländern der Welt“, sagt Wimmer.

„Kürzere Arbeitszeiten werden sich in den kommenden Jahren durchsetzen, egal ob dies die Herren Mahrer und Knill wollen oder nicht. Denn nicht nur die Coronakrise führt dazu, dass wir die gerechtere Aufteilung der vorhandenen Arbeit diskutieren müssen, sondern auch die Folgen der Digitalisierung werden uns vor entsprechende Herausforderungen stellen“, so der FSG-Vorsitzende.

„Ich appelliere daher wiederholt an die Vertreter von WKÖ und IV: Springen Sie über Ihren Schatten, öffnen Sie sich den neuen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Realitäten und gestalten Sie an einem Modell mit, das uns gemeinsam in eine gute Zukunft führen wird“, sagt Wimmer.

[Read more ... FSG-Wimmer ad WKÖ und IV: Sture Blockadehaltung hat Österreich noch nie vorangebracht](#)

2020-06-26 10:42

[FSG YOUNG yunion: Nicht alle ohne Ausbildung bekommen 11.500 Euro netto!](#)

Bundeskanzler Kurz soll von seiner Heimatstadt lernen

Als Bundeskanzler Sebastian Kurz jünger war, fuhr er mit einem Hummer („Geilomobil“, 15 Liter Benzin auf 100 Kilometer) durch die Wiener Innenstadt und forderte im Rathaus das Alter für Ordensverleihungen zu senken und Auszeichnungen auch für Jungpolitiker zu ermöglichen. Sein Jus-Studium schmiss er hin um dann ohne Berufsausbildung und Berufserfahrung in die Politik zu gehen.

„Mit dieser Biografie verstehe ich völlig, warum sich Sebastian Kurz einfach nicht um heutige Jugendliche schert, die auf Grund der Corona-Krise keinen Lehrplatz finden. Er glaubt vermutlich, dass später alle ohne Ausbildung ein Nettogehalt von mehr als 11.500 Euro pro Monat bekommen“, sagt Richard Tiefenbacher, Vorsitzender der FSG YOUNG yunion.

Dabei sollten die dramatischen Zahlen den unbeschwerten Kanzler längst wachgerüttelt haben. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in kürzester Zeit verdoppelt, im Herbst werden mindestens 7.500 Lehrstellen fehlen!

In Wien wird bereits gegengesteuert. Die Stadtregierung unter Bürgermeister Michael Ludwig investiert 17 Millionen Euro in die berufliche Zukunft junger WienerInnen. Tiefenbacher: „Das konnten wir sozialpartnerschaftlich ausverhandeln, so wie es schon lange Tradition hat in der lebenswertesten Stadt der Welt. Von diesem Weitblick und der Sorge um die Menschen im Wiener Rathaus hat schon Sebastian Kurz als Kind profitiert.“

Wobei der Bundeskanzler nicht zu seiner Herkunft steht. Im vergangenen Wahlkampf betonte er immer wieder, eigentlich im Waldviertel aufgewachsen zu sein.

Daniel Waidinger, Referent der FSG YOUNG yunion: „Heute düst Kurz auch viel lieber mit seinem teuren Dienstwagen aufs Land. Dort kann er auch stolz verkünden, dass er im Namen eines Corona-Hilfspakets die Pensionen von LandwirtInnen dauerhaft erhöht hat. Vielleicht erfüllt sich ja in einem kleinen Dorf der Jugendtraum nach einem Orden, von der heutigen Jugend bekommt er sicher keinen!“

[Read more ... FSG YOUNG yunion: Nicht alle ohne Ausbildung bekommen 11.500 Euro netto!](#)

2020-06-26 06:51

[Hacker fordert Hilfspaket fürs Gesundheitssystem](#)

Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) sieht dramatische Auswirkungen der Coronavirus-Krise auf Finanzierung des österreichischen Gesundheitssystems. So gebe es Mehrausgaben durch die Pandemie und

zugleich große Einnahmenverluste. Hacker fordert ein Hilfspaket.

„Es wird wirklich höchste Zeit, dass ernsthafte Gespräche beginnen über ein Hilfspaket für das Gesundheitssystem in Österreich. Die Gespräche müssen jetzt beginnen, nicht im Herbst und schon gar nicht im Winter“, forderte der Stadtrat in der Fragestunde der Landtagssitzung im Rathaus am Donnerstag.

Seine Sorge untermauerte er mit Zahlen. „Wir können damit rechnen, dass die Sozialversicherung heuer schon einen Verlust haben wird von mehr als eine Milliarde Euro, was selbstverständlich, wenn nichts passiert, Auswirkungen haben wird auf das gesamte Gesundheitssystem in unserer Republik.“

Schon vor Krise Verlust prognostiziert

Schon im Februar, vor der Corona-Krise, hätte die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) für das heurige Jahr einen Verlust von rund 175 Mio. Euro prognostiziert. Aufgrund der aktuellen Situation Österreichs – Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Einbruch bei Betrieben – sei davon auszugehen, dass die Sozialversicherungsbeiträge sinken werden.

[Read more ... Hacker fordert Hilfspaket fürs Gesundheitssystem](#)

2020-06-18 10:14

Altersteilzeit, Homeoffice: Wien macht mobil

Altersteilzeit, Homeoffice: Wien macht mobil

Auf Drängen der younion wird kommende Woche ein Initiativantrag im Wiener Landtag eingebracht, der für viele KollegInnen deutliche Verbesserungen bringt. Vor allem die neuen Bestimmungen zu Altersteilzeit und Homeoffice dürften für Gesprächsstoff sorgen. Eine Regelung der Altersteilzeit fehlt im Wiener Dienstrecht schon lange. Darauf hat die younion immer wieder hingewiesen und vehement auf Verbesserungen gedrängt.

Jetzt ist der Durchbruch gelungen: Die Altersteilzeit für Vertragsbedienstete und BeamtenInnen wird Realität

Die neuen Bestimmungen unterstützen den Wissenstransfer älterer ArbeitnehmerInnen zu den jüngeren und nehmen gleichzeitig auf die Bedürfnisse älterer KollegInnen Rücksicht. Details dazu werden wir nach dem Beschluss im Wiener Landtag am Donnerstag kommender Woche zur Verfügung stellen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt der neuen Bestimmungen betrifft das Thema „Mobiles Arbeiten“.

Während des Corona-Lockdowns haben viele KollegInnen und Kollegen ihre Aufgaben vorübergehend von zu Hause aus erfüllt. Nun soll das fallweise „Mobile Arbeiten“ dienstrechtlich dauerhaft verankert werden – mit fairen Spielregeln für alle Beteiligten. Dafür hat die youunion klare Regeln gefordert und erfolgreich verhandelt:

- * Die Zustimmung der KollegInnen ist Voraussetzung.
- * Die Dienstgeberin hat grundsätzlich für die erforderliche Ausstattung zu sorgen.
- * Der Bedienstetenschutz darf nicht unterlaufen werden.
- * Die Arbeitszeit ist klar zu regeln.

Auf viel Interesse der KollegInnen dürfte auch der nun auf Drängen der youunion ermöglichte Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz stoßen.

Auch hier konnten wir uns mit unseren Kernforderungen durchsetzen:

- * Der Umstieg kann nur auf Antrag der KollegInnen erfolgen.
- * Die Umstiegsmöglichkeit darf nicht zeitlich befristet werden.
- * Zeitabhängige Rechte wie Urlaub oder Entgeltfortzahlung müssen klar geregelt sein.

Allerdings ist das Thema höchst komplex. Die Auswirkungen eines Umstieges sind für jede Bedienstete/jeden Bediensteten unterschiedlich. Daher bedarf es vor diesem unwiderruflichen Schritt einer verbindlichen und individuellen Information durch die Dienstgeberin. Die KollegInnen müssen sich ein klares Bild davon machen können, was ein Umstieg tatsächlich bedeutet.

[Read more ... Altersteilzeit, Homeoffice: Wien macht mobil](#)

2020-06-16 11:50

[Coronavirus-Hilfen gehen für SPÖ nicht weit genug](#)

Der SPÖ sind die jüngsten Coronavirus-Maßnahmen, die die Regierung im Zuge ihrer Klausur angekündigt hat, zu wenig. So brauche es etwa eine nachhaltige Erhöhung des Arbeitslosengeldes – SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner kündigte entsprechende Anträge im Nationalrat in den kommenden Tagen an.

Die Bundesregierung habe in den vergangenen Wochen und Monaten sehr viel angekündigt und versprochen, bei den Betroffenen seien die Hilfen aber „zu spät, zu wenig oder gar nicht“ angekommen, so Rendi-Wagner bei einer Pressekonferenz. Bei der derzeit stattfindenden Regierungsklausur seien noch einmal diverse Unterstützungen angekündigt worden, aber „bei wem und wann werden diese 15 Milliarden ankommen?“, fragte die SPÖ-Chefin.

Im Nationalrat will die SPÖ mehrere Anträge zu ihren Vorstellungen einbringen, darunter eine Erhöhung der Nettoersatzrate von 55 auf 70 Prozent. Auch will die SPÖ eine Kurzdebatte zum Thema Arbeitslosigkeit initiieren. Rendi-Wagner appellierte an die Regierung, „endlich vom Reden ins Tun zu kommen“.

Vizeklubchef Jörg Leichtfried kritisierte außerdem, dass Türkis-Grün den angedachten Unterausschuss des Nationalrats zu den Coronavirus-Hilfen blockiere. So ein Ausschuss sei notwendig, damit das Parlament in dieser außerordentlichen Situation kontrollieren könne, wohin die Hilfgelder geflossen seien. Der Unterausschuss solle am Donnerstag endlich beschlossen werden, kündigte Leichtfried auch dazu eine Aktion an.

[Read more ... Coronavirus-Hilfen gehen für SPÖ nicht weit genug](#)

2020-06-08 07:38

[Wiener SPÖ beschließt Liste und Wahlprogramm](#)

Die Wiener SPÖ stellt die Weichen für die – laut derzeitigem Stand – am 11. Oktober stattfindende Gemeinderatswahl. Die Stadtpartei fixiert heute in den Gremien ihre Kandidatenliste. Auch das Wahlprogramm wird beschlossen. Dieses legt den Fokus vor allem auf Sozialthemen und Umwelt- und Klimafragen.

Im Programm finden sich eine Lehrstellengarantie, eine Joboffensive für Personen über 50 Jahre und die stärkere Berücksichtigung von Wiener Firmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Bereich Gesundheit wird unter anderem die Schaffung neuer Primärversorgungseinheiten als Ziel festgelegt. Auch

eine Pflegegarantie wird angekündigt.

[Read more ... Wiener SPÖ beschließt Liste und Wahlprogramm](#)

2020-06-07 18:14

[ÖBAG: FPÖ und SPÖ drängen auf Rücktritt Schmid](#)

Die Freiheitlichen und die Sozialdemokraten haben am Wochenende ihre Rufe nach einem Rücktritt des Chefs der Staatsholding ÖBAG erneuert. Gegen Thomas Schmid wird wegen mutmaßlichen Drogenmissbrauchs ermittelt, sein Anwalt sprach vom höchstpersönlichen Lebensbereich seines Mandanten, für den die Unschuldsvermutung gilt.

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl kritisierte „das eiserne Schweigen der ÖVP sowie die Untätigkeit der ÖBAG-Verantwortlichen“ in der Causa. Es könne keine Rede sein von einer höchstpersönlichen Angelegenheit, wenn der Betroffene in der ÖBAG ein viele Milliarden schweres Portfolio verwalte, kritisierte Kickl. „Unglaublich“ sei auch, dass die Vorwürfe verjährt sein sollen.

Aufsichtsrat lässt prüfen

Auch die SPÖ bekräftigte ihren dringenden Wunsch der Abberufung von Schmid. Am Freitag hatte auch NEOS die sofortige Abberufung von Schmid gefordert.

Der Aufsichtsrat der Staatsholding schaltete bereits aufgrund der Ermittlungen gegen Schmid die Rechts- und Complianceabteilung ein. Aus dem Finanzministerium von Gernot Blümel (ÖVP) hatte es geheißen: „Wir beteiligen uns weder an Vorverurteilungen, noch an Spekulationen. Selbstverständlich sind stets die zuständigen Stellen zu befassen, wenn Vorwürfe erhoben werden.“

Die staatliche Beteiligungsholding ÖBAG verwaltet elf staatliche Beteiligungen, darunter jene an der OMV, Telekom, Post, Verbund und den Casinos Austria. Der mit den Drogenvorwürfen konfrontierte Schmid ist als ÖBAG-Chef auch Aufsichtsratspräsident beim Verbund und Vizepräsident des OMV-Aufsichtsrats.

[Read more ... ÖBAG: FPÖ und SPÖ drängen auf Rücktritt Schmid](#)

2020-06-07 08:52

[SPÖ will Gutscheine für „Öffi“-Nutzung](#)

Die SPÖ hat eine weitere Idee für Coronavirus-Gutscheine geboren: Geht es nach Vizeklubchef Jörg Leichtfried, soll es in diesem Sommer 100 Euro pro Person mit Hauptwohnsitz in Österreich für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel geben. Gelten würde dies von 1. Juli bis 13. September, und zwar in allen Verkehrsverbunden und Tarifsystemen.

Auch Kinder sollen profitieren, allerdings nur mit 50 Euro pro Person. Die Vergabe soll unbürokratisch durch Zusendung erfolgen. Mit dem Gutschein soll der österreichische Tourismus und die klimaschonende öffentliche Verkehrswirtschaft gefördert werden, so die schriftlich übermittelte Idee Leichtfrieds.

Wenn 25 Prozent des Bezieherkreises diesen Gutschein nutzten, würden sich die Investitionskosten auf ca. 200 Mio. Euro belaufen, so seine Berechnung. Geschaffen werden soll die Förderung, weil die Verkehrswirtschaft besonders von den Auswirkungen des „Lock-downs“ getroffen worden sei.

Wiener Gastronomiegutscheine als Vorbild

Leichtfried erinnerte an das rot-grün regierte Wien, das mit Wirtshausgutscheinen als gutes Beispiel vorausgegangen sei. „Wir wollen einen Gutschein, der klimaschonend, verkehrs- und wirtschaftspolitisch wichtige Akzente setzt“, erklärte er. Zuletzt hatte auch SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner Gutscheine gefordert, nämlich für die Gastronomie in ganz Österreich.

[Read more ... SPÖ will Gutscheine für „Öffi“-Nutzung](#)

2020-06-04 07:53

[Gutachten lassen Kostengrenzenverstoß der ÖVP vermuten](#)

Die ÖVP könnte bei der Nationalratswahl 2019 die gesetzliche Wahlkampfkostengrenze von sieben Mio. Euro überschritten haben. Das legt ein Gutachten der Mediensachverständigen Barbara Sommerer für den Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat nahe. Der zweite Gutachter Hermann Peyerl enthielt sich

wegen „eingeschränkter Auskünfte“ der Beurteilung der ÖVP. Diese versicherte, die Grenze eingehalten zu haben. Das Gutachten beruhe „in großen Teilen auf Annahmen“, hieß es in einer Stellungnahme gegenüber der APA.

Brisantes Gutachten zu ÖVP-Wahlkampfkosten

Die ÖVP könnte bei der Nationalratswahl 2019 die gesetzliche Wahlkampfkostengrenze von sieben Millionen Euro überschritten haben. Das legt ein Gutachten der Mediensachverständigen Barbara Sommerer für den Unabhängigen Parteientransparenzenrat (UPTS) nahe.

Sommerer hält es jedoch nur „in geringem Maße“ für plausibel, dass sich die ÖVP an die gesetzliche Vorgabe gehalten hat. SPÖ und FPÖ – die ebenso wie die ÖVP 2017 wegen zu hoher Wahlkampfkosten Strafe zahlen mussten – dürften sich diesmal an das Gesetz gehalten haben. Die Plausibilität, dass Rot und Blau die Wahlkampfkostengrenze 2017 einhielten, sei „voraussichtlich gegeben“, befand Sommerer. Peyerl hält es bei der SPÖ für „möglich“ und bei der FPÖ für „plausibel“.

ÖVP nur „eingeschränkt“ Auskunft erteilt

Bei allen anderen Wahlwerbern des Jahres 2019 – Grüne, JETZT, NEOS, KPÖ und Wandel – sind beide Gutachter überzeugt, dass die Vorgabe eingehalten wurde, binnen der letzten 82 Tage vor der Wahl maximal sieben Mio. Euro in den Wahlkampf zu stecken.

Für das begleitende Monitoring sind die Parteien gesetzlich nicht zur Auskunft verpflichtet. So hat die ÖVP Peyerl „nur eingeschränkt Auskunft erteilt und insbesondere keine betraglichen Angaben gemacht“. Die SPÖ legte eine Ausgabenaufstellung – mit weit unter sieben Mio. Euro – vor, aber ohne Landes- und Bezirksorganisationen. Beide Parteien gewährten dem Gutachter keine Einsicht in die Belege und haben keine Vollständigkeitserklärung unterschrieben. Alle anderen Parteien legten Aufstellungen vor, bestätigten die Vollständigkeit und ließen auch die Belege kontrollieren.

Nicht nur Angaben der Parteien als Basis

Anders als der Sachverständige für Wirtschaftsprüfung beschränkte sich die Sachverständige für Medienwesen Sommerer nicht nur auf die Angaben der Parteien. Sie beobachtete – mit Stichproben von Veranstaltungen, Geschenken etc. – den Wahlkampf und Außenwerbung (Plakate) und bezog Mediadaten ein.

Bei der ÖVP konstatierte sie „Widersprüche“: Es könne „nicht vollständig nachvollzogen werden“, dass diese sechs Mio. weniger ausgeben hätte als 2017. Und Sommerer verweist auf den offenen Rechtsstreit zwischen „Falter“ und ÖVP wegen des Berichts, wonach die Wahlkampfbudget-Überschreitung geplant gewesen sei. Zudem habe die ÖVP die Einhaltung der Kostengrenze immer wieder beteuert, aber auch darauf hingewiesen, dass konkrete Zahlen erst später vorlägen.

Kritik an der Durchführung

In einer dem UPTS übermittelten Stellungnahme im Auftrag der ÖVP betont Rechtsanwalt Werner Suppan – unter Hinweis auf den erst bis 30. September 2020 vorzulegenden Rechenschaftsbericht –, dass die Kostenobergrenze 2019 eingehalten worden sei, „soweit aufgrund der vorliegenden internen Erhebungen und Unterlagen feststellbar ist“.

Und er äußert sich namens der ÖVP äußerst kritisch zu den Gutachten: Die Umsetzung des Wahlkampfkostenmonitorings sei „offensichtlich legistisch nicht geglückt“, es sei „offenkundig kein weiterer Transparenzgewinn erzielt“ worden. Peyerl habe nur eine Befragung der Parteien vorgenommen, das entspreche nicht dem Gesetz. Sommerers Analyse sei zwar umfassender, aber mit ihrem Hinweis auf den „Falter“-Bericht „verlässt sie den Boden evidenzbasierter Wissenschaft zu Gunsten medialer Meinungsdarstellung“.

ÖVP kündigte Abrechnung an

Die Volkspartei kündigte eine „vorzeitige“ Abrechnung im Laufe der nächsten Wochen an und betonte neuerlich, dass „jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt“ die Unterschreitung der Wahlkampfkostenobergrenze „klar“ zu erkennen sei. Auch sei in den Analysedaten des Marketinginstituts „Focus“ ersichtlich, dass die Volkspartei in keinem Bereich mit ihren Ausgaben an erster Stelle steht. Ferner hielt die ÖVP fest, dass man komplett auf Werbung in den Bereichen Fernsehen, Radio und Kino verzichtet habe.

NEOS sah sich hingegen in seinen Vermutungen bestätigt. „Das würde das Bild widerspiegeln, welches die ÖVP bereits im Wahlkampf 2017 abgegeben hat“, so NEOS-Generalsekretär Nick Donig zum UPTS-Gutachten. Die Überraschung wäre größer, so Donig, würde sich herausstellen, dass die ÖVP zum ersten Mal seit Bestehen einer Wahlkampfkostenobergrenze diese auch eingehalten hätte. Auch werfe die Tatsache, dass mit Karl Nehammer (Innenminister) und Elisabeth Köstinger (Landwirtschaftsministerin) nun gleich zwei ÖVP-Minister in ihrer früheren Rolle als Wahlkampfleiter „zweifelhafte Figur“ machten, ein schlechtes Licht auf das aktuelle Regierungsteam. Türkis-Grün forderte Donig auf, das angekündigte Transparenzpaket „endlich“ umzusetzen.

[Read more ... Gutachten lassen Kostengrenzenverstoß der ÖVP vermuten](#)

2020-06-03 20:38

SPÖ rüttelt an Kassenfinanzierung von Privatspitälern

Durch die Korruptionsermittlungen gegen Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist die Mitfinanzierung von Privatspitälern aus Geld der Sozialversicherten erneut in den öffentlichen Fokus gelangt. Von SPÖ-Seite kam heute Kritik daran. Nicht nur die Abschaffung, sondern auch der Rücktritt von Matthias Krenn (FPÖ), Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), wurde gefordert.

ÖGK-Vizeobmann Andreas Huss (SPÖ) stellte zunächst nur die jüngste Aufstockung unter der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung infrage, die dem Privatkrankeanstalten-Finanzierungsfonds (PRIKRAF) seit 2019 zusätzliche 14,7 Mio. Euro (auf insgesamt rund 145 Mio. Euro) gebracht hat. Dieser unzulässige Griff in die Taschen der ÖGK-Beitragszahler sei rückabzuwickeln, forderte er im Ö1-Mittagsjournal.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philip Kucher ging kurz darauf noch weiter und verlangte in einer Aussendung die gänzliche Abschaffung der 2002 unter Schwarz-Blau geschaffenen PRIKRAF-Regelung. Das Geld wäre im öffentlichen Gesundheitssystem besser aufgehoben, man könne damit mehr Hausärztinnen und -ärzte, Psychotherapie auf Krankenschein und kostenlose Grippeimpfungen finanzieren. Mit den Privatspitälern solle es hingegen wie vor 2002 Einzelverträge geben.

Kein Kommentar der ÖGK

Kucher rechnete vor, dass in der Privatklinik Währing, für deren Aufnahme in den PRIKRAF sich Strache erfolgreich eingesetzt hatte, gerade einmal 20 Betten stünden, bei 14,6 Mio. Euro zusätzlich also 700.000 Euro pro Bett flössen: „Das kann ja nicht mit rechten Dingen zugehen.“ Er frage sich auch, welche Rolle die ÖVP in der ganzen Causa spiele, schließlich sei sie laut Medienberichten in die „Machenschaften“ eingebunden gewesen.

SPÖ-Abgeordneter Rudolf Silvan schließlich forderte ÖGK-Obmann Krenn zum sofortigen Rücktritt auf. Gestern sei bekanntgeworden, dass sich Krenn auf Drängen Straches für die Erhöhung ausgesprochen habe. Das, so Silvan, „schlägt dem Fass den Boden aus“.

In der ÖGK wollte man all das auf APA-Anfrage nicht kommentieren. Dem Vernehmen nach ist man in der Krankenkasse aber auch jenseits der SPÖ wenig glücklich darüber, mit rund 80 Prozent den Löwenanteil der PRIKRAF-Finanzierung schultern zu müssen.

Auch NEOS für Abberufung von Krenn

Auch NEOS fordert personelle Konsequenzen. Krenn müsse gehen, appellierte NEOS-Gesundheitssprecher Gerald Loacker an Gesundheitsminister Rudolf Anschöber (Grüne).

Der Minister müsse mit den „Geistern der Vergangenheit“ aus der ÖVP-FPÖ-Regierung aufzuräumen. „Andernfalls schaut Anschöber zu, wie die Folgen des türkis-blauen Freunderl-Deals weiterhin für die Versicherten spürbar sind“, so Loacker. Er verwies auf die entsprechende Bestimmung im ASVG, die eine Enthebung bei Pflichtverletzung vorsieht.

Krenn war von Strache laut Medienberichten in mehreren Chats kontaktiert worden. Er soll seinem damaligen Parteichef zugesichert haben, sich um das Anliegen von Klinikchef und FPÖ-Parteispender Walter Grubmüller, nämlich die Aufnahme seiner Klinik in den Kreis der von der Sozialversicherung mitfinanzierten Privatkrankeanstalten, persönlich zu kümmern. Laut „Zeit im Bild“ will Krenn nur ein Gespräch in dieser Sache geführt haben.

[Read more ... SPÖ rüttelt an Kassenfinanzierung von Privatspitälern](#)

- 1
- [2](#)
- [Next](#)